Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

Berlin, 4. Febr. Dem Vernehmen nach würden die Oberpräsidenten ersucht, geeignete Persönlichkeiten der Landwirthschaft und des Handelsstandes auszuwählen, welche als Sachverständige und Vertrauensmänner, sowie als Beirath für die Beschaffung der Truppenverpflegsmittel den Corpsintendanturen beigeordnet und alljährlich im Januar resp. nach Bedarf einzuberufen sind.

Rom, 4. Febr. Die „Riforma“ sagt, die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnißvertrags sei ein Loyalitätsakt und sei Grund zu glauben, dieselbe werde einen durchaus günstigen Einfluß auf die Erhaltung des Friedens ausüben.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang. Aufl. 46,000 Exempl.
Dresden, 1888.

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe. Dominos in vorzügl. Ausw. f. Herren u. Damen.
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2 part. und erste Etage. | Telephon 389.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Kgl. Hoftheater (Neustadt). Die Premiére von Spielhagen's vieraktigem Schauspiel „Die Philosophin“ errang gestern Abend bei vorzüglicher Darstellung (Frl. Ulrich in der Titelrolle war eine unvergleichliche, praktische Philosophin der Schmeichelkunst) einen von Akt zu Akt sich steigernden, in der Hauptsache wohl dem trefflichen Spiel und der guten Laune (namentlich auch des zweiten Akts) zu verdankenden Erfolg.

London, 4. Februar. Russen 80,85—80,14, Egypter 77,37—77,81, Italiener 92,17. — Tendenz: fest.

Ferd. Gerlach Nachf.
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstr. 4. Fernsprechstelle 321.
Ausführliche Preislisten versende frei. Gewähr für reine Naturweine.

Carl Tiedemann, Hoflieferant
Lacke, Firnisse, Oelfarben eigener Fabrik
Marienstr. 27, Fernsprechstelle 294.
Amalienstrasse 19, " 275.
Heinrich-tr., Stadt Görlitz " 508.
Fabrik: Zwickauerstr. 40. " 297.

N. Salm, Gravir- u. Präge-Anstalt,
Special-Fabrik geprägter und gummirter Siegel-, Packet-Verschluss- und Schutzmarken
Plauen b. Dr., Kaitzerstr. 17. Geschäftslocal: Dresden, Marienstr. 8.
Zur gefälligen Beachtung grosse Auswahl von Signir-Schablonen in Zink, Messing und Kupfer, sowie aller Gattungen Handfarbstempel und Stempel-Apparate, und hält sich zur Ausführung von Gravir-Arbeiten jeder Art bestens empfohlen.

Theater- u. Masken-Garderobe I. Ranges Bertha Streng, Schlossstr. 24, II. (vis-à-vis Herrn Hof-Conditor Adam).
Meinem alten Rufe getreu grösste Sauberkeit und Accuratesse. Pünktliche Besorgung nach auswärts. Dominos in schwarz und couleurt.

Nr. 36. Sonntag, 5. Februar.

Spiegel: Deutsch-österreichischer Bündnißvertrag. Zusammenlegung von Grundstücken. Reform des Schulwesens. Petitionsverzeichniß. Professor Biedermann und der Abg. Bebel. Bauplatz des neuen Amtsgerichts. Gerichtsverhandlungen. Sinfonie-Concert (Kgl. Kapelle).

Verantwortlicher Redakteur für Politisches Dr. Emil Bierey in Dresden.

Mit der Veröffentlichung des Wortlautes des deutsch-österreichischen Bündnisses nähert sich die schon so lange auf Europa lastende Ungewißheit der entscheidenden Wendung. Die Veröffentlichung erfolgte zu gleicher Stunde in den beiderseitigen Amtsblättern, dem Deutschen Reichsanzeiger zu Berlin und der Wiener Abendpost. Vorangegangen war ein lebhafter Depeschenwechsel zwischen dem Fürsten Bismarck und dem österreichischen Minister Grafen Kalnoky schon während des Ersteren Aufenthalts in Friedrichsruhe, noch mehr nach seiner Ankunft in Berlin. Allgemein war die Ansicht verbreitet, daß seitens Deutschlands und Oesterreichs ein politischer Schritt gethan werde, der Rußland zur Warnung dienen solle. Die Anhäufung und Zusammenziehung der russischen Truppen an den Westgrenzen seien zu einer Gefahr geworden, deren Vergrößerung nicht zu dulden sei. Ehe jedoch zu entschiedenen gemeinsamen Maßregeln politischer oder vielleicht militärischer Natur geschritten werden könne, solle eine Mahnung anderer Art erfolgen. Man erwartete nun, daß dies mittelst freimüthiger Erklärungen des Reichskanzlers im deutschen Reichstage geschehen solle. Das ist noch nicht ausgeschlossen, vielmehr schafft die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses erst den breiten Boden zur Entwickelung des politischen Programms Bismarcks. Der Augenblick ist gekommen, daß sich Fürst Bismarck zum Wort meldet. Das Wort muß gesprochen werden, das dem deutschen Volke sagt, wozu es die neuen schweren Militärlasten auf sich nehmen muß, das Wort, welches Europa erklärt, woher die allgemeine Beunruhigung stammt, die nicht weichen will. Lange zögerte der Kanzler, dieses Wort auszusprechen. Er durfte nach der Unterhaltung mit dem Czaren in Berlin erwarten, daß, nachdem derselbe eingesehen, wie er das Opfer eines frechen Betrugs geworden, von den entschieden friedfertigen Gesinnungen Deutschlands überzeugt worden sei. Wohl hat zum russischen Neujahr der Czar eine Kundgebung in friedlichem Sinne erlassen, aber es waren nur schöne Worte: die Thaten der czarischen Regierung widersprechen schnurstracks seinen Worten.

Schon lange hat man die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses gefordert. Jetzt, nach dem Bekanntwerden des Inhalts des Bündnisses, kann man diese Verzögerung nur bedauern. Vielleicht wären der Welt Jahre voll Unruhe erspart worden. Denn nunmehr, da der Vorhang hinweggezogen, muß man sagen: es ist ein Schutzbündniß trefflichster Art. Einleitung, Wortlaut und Geist des 1879 abgeschlossenen Vertrages athmen einzig den ernsten Willen, den beiderseitigen Völkern und der Welt den Segen des Friedens zu erhalten. Die Kaiser Wilhelm und Franz Joseph zeigen sich als die wahren, die aufrichtigen Friedensfreunde. Wer vermöchte noch an der Redlichkeit ihrer Absichten einen Zweifel zu erheben? Wer aber auch an ihrer Entschlossenheit, den Brecher des Friedens gemeinsam zur Rechenschaft zu ziehen? Es ist, um die hohe Bedeutung der von beiden Monarchen unterzeichneten Staatsschrift voll zu würdigen, nothwendig, ihren Einzelheiten näher zu treten. Da springt zunächst hervor, daß die beiden Friedensfürsten die durch den Berliner Frieden geschaffenen Manipulationen als die Grundlage des öffentlichen Rechtszustandes erklären. Einzig zu deren Schutze verbünden sie sich. Wer kommt in den Verdacht, diese Grundlage Europas erschüttern zu wollen? Die beiden Kaiser antworten: das ist Rußland. Die Veröffentlichung des Bündnißvertrages ist eine feierliche Anklage gegen Rußland, den Frieden zu gefährden; sie ist der mit den denkbar stärksten Mitteln unternommene Versuch, Rußland auf die Bahnen des Friedens zurückzuführen. Demgemäß trafen schon 1879 die Kaiser ihre Maßregeln zur Abwehr eines russischen Angriffs. Sie erwarteten schon damals also die Gefahr eines Friedensbruches zunächst nicht von Westen her, sondern von Osten und Norden. Mag nun Oesterreich oder mag Deutschland von Rußland angegriffen werden, in jedem Falle ist der andere Vertragsschließer verpflichtet, seinem Bundesgenossen alle militärische Hilfe zu leisten und nur in seiner Gemeinschaft Frieden zu schließen. Am Schlusse des 3. Artikels des Bündnißvertrages kommen die beiden Kaiser nochmals auf den Angriff Rußlands zurück. Schon 1879 nämlich machte sich Rußland seinen Nachbarn stark verdächtig. Die russische Presse griff schon damals mit gewohnter Heftigkeit Deutschland und Oesterreich wegen ihres Festhaltens am Berliner Frieden an; Rußland aber hatte nach der Beendigung des Türkenkrieges nur sehr wenig abgerüstet. Persönlich aber erklärte damals der Czar dem nach Alexandrowo geeilten Kaiser Wilhelm, daß die russischen Rüstungen nicht bedrohliche seien. Die verbündeten Reiche haben sich damals augenscheinlich damit vorläufig begnügt; doch trauten sie nicht ganz, denn sie fügten noch den Schlußsatz hinzu, der — unseres Erachtens — den Schwerpunkt des ganzen Schutzbündnisses bildet. Sollte sich die Hoffnung (auf friedliches Verhalten Rußlands) wider Erwarten als eine irrthümliche erweisen, so würden Deutschland und Oesterreich es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Czaren mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß sie den Angriff auf einen von sich als gegen beide betrachten müßten. Acht Jahre vier Monate wurde das Geheimniß streng gehütet, sowohl dem inzwischen verstorbenen zweiten, wie dem jetzigen dritten Alexander gegenüber. Jetzt aber wird es aller Welt enthüllt. Insonderheit wird der Czar davon nicht blos vertraulich verständigt, sondern er erfährt es mit aller Welt, daß, wenn er den einen seiner Nachbarn angreift, er es mit allen beiden zu thun hat.

Es ist also gegenüber Rußland ein unbedingtes Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen worden. Anders ist die Lage gegenüber Frankreich. Denn dieses ist in Artikel 2 unter derjenigen „anderen Macht“ zu verstehen, von welcher der eine der Bundesgenossen angegriffen werden könnte. Greift Frankreich uns an, so braucht Oesterreich, nach Art. 2, deshalb noch nicht ebenfalls an Frankreich den Krieg zu erklären, sondern ist nur verpflichtet, neutral zu bleiben und zwar eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Wenn jedoch Rußland bei dem Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges durch seine militärischen Maßregeln, die Deutschland bedrohen, die Franzosen unterstützen sollte, so muß Oesterreich mit voller Heeresmacht uns beistehen. Man sieht: es ist Alles klipp und klar; jeder Fall ist vorgesehen und vorbedacht. Wiederholt kehrt im Wortlaute des Bündnißvertrages die Betheuerung wieder, daß er lediglich zu friedlichen, nicht zu kriegerischen Zwecken abgeschlossen wurde. Dabei drängt sich die Frage unwillkürlich auf: warum wird gerade jetzt sein Wortlaut veröffentlicht? Die Antwort darauf haben wir schon in der obigen Einleitung gegeben: die fortgesetzten und gar nicht geleugneten, vielmehr in allen Einzelheiten amtlich zugestandenen Rüstungen Rußlands und Mobilisirungseinzelheiten haben den guten Glauben der Bundesgenossen an die friedlichen Absichten des Czarenreiches tief erschüttert.

Welches Echo wird die Veröffentlichung nunmehr in Rußland erwecken? Umstreicht der russische Wolf wirklich nicht unsre Grenzen, hungrig nach deutschem Gebiete und um die Freiheit Deutschlands zu erwürgen, ist es vielmehr Rußland Ernst mit seinen Friedensbetheuerungen, so müßte die Veröffentlichung des Bündnisses beruhigend in Rußland wirken. Doch hören wir schon, wie die russische Presse behaupten wird, der Bündnißvertrag sei nicht vollständig, es fehlten einige Artikel; neben dem veröffentlichen Vertrag laufe noch ein geheimer einher. Auf solche und ähnliche Verdächtigungen sind wir gefaßt, denn an Perfidie (die armseligen deutschen Worte: „Verlogenheit und Hinterlist“ decken sich inhaltlich lange nicht damit) wird die russische Presse nur noch von der französischen übertroffen. In systematischer Vergiftung des russischen Volkes wird diesem immermehr die Anschauung beigebracht, als planten Deutschland und Oesterreich einen räuberischen Ueberfall des Czarenreiches. Fürst Bismarck wird als der „Erbfeind des Friedens“ verdächtigt — Rußland sei von Gott zu hoch gestellt, um mit dem Lenker der Geschicke Deutschlands abzurechnen und ihm den Widerspruch zwischen seinen Friedensworten und Kriegsvorbereitungen klar zu machen. So kann nur das böse Gewissen sprechen. Europa erhielt in dem deutsch-österreichischen Schutz- und Trutzbündniß den Beweis, daß die Kaiser von Deutschland und Oesterreich nur zu Friedenszwecken sich die Hand als Bundesgenossen gereicht haben, und daß, wenn Rußland wirklich nur den Frieden will, es ihn auch voll haben wird. Sollte Fürst Bismarck am Montage im Reichstage das Wort ergreifen, so wird man in Europa diesen seinen Worten auch Vertrauen und Glauben allenthalben entgegenbringen, wo man die geduldigen, unablässigen, weitsichtigen Bemühungen des deutschen Kanzlers verfolgt hat, dem Erdtheile das Unglück eines großen Krieges zu ersparen, die friedliebenden Mächte zu einem unerschütterlichen Bunde zu vereinigen und diesen Bund so gewaltig zu gestalten, daß er unter allen Umständen aus dem großen Brande die Güter der europäischen Kultur zu retten im Stande sein wird. Noch ist das Bündniß von Deutschland und Oesterreich mit Italien nicht veröffentlicht. Rußland hat seine Warnung erhalten, seine Sache ist es, sie zu beherzigen. Wir geben diese Hoffnung nicht auf. Wenn vor 8 Jahren ein russischer Angriff nur drohte, aber nicht erfolgte, warum sollten die jetzigen bedrohlichen Zeichen der Zeit nicht abermals sich wieder verziehen?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 4. Febr.

Berlin. Reichstag. Erste Berathung des Entwurfes der Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete. Abg. Meyer-Jena (nl.) wünscht Aufnahme der Bestimmung über die Kolonialgesellschaften. Abg. Rintelen (Centrum) verlangt die Förderung von Missionen in den Schutzgebieten, insbesondere Zulassung der Väter vom heiligen Geiste. Abg. Gravenitz (Reichspartei) ist für die Vorlage im Interesse der Geltendmachung der Reichsgewalt. Geh. Legationsrath Kayser: Die Regelung der Rechtsverhältnisse der Kolonialgesellschaften liege den Regierungen nicht minder am Herzen, als dem Hause. Die Form der Aktiengesellschaften empfehle sich nicht. Abg. Hahn (kons.) ist gegen die Erweiterung der Konsulargerichtsbarkeit. Abg. Bamberger wünscht eine Appellations-Instanz, damit alle Cautelen für eine genügende Rechtsprechung gegeben sind. Abg. Hammacher (nl.) verlangt die weitere Ausgestaltung der Gesetzgebung über die Gesellschaften. Staatssekretär Schelling glaubt, daß die Regierungen Veranlassung nehmen werden, der Frage der Erweiterung der Gesellschaftsgesetzgebung näher zu treten. Die Vorlage wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Der Gesetzentwurf, betr. die Zurückbeförderung der Hinterbliebenen der im Auslande angestellten Reichsbeamten und Militärs, wird einstimmig angenommen. — Der Nachtrags-Etat wird der Budget-Kommission überwiesen. — Es folgt die dritte Berathung des Entwurfs betr. die Unterstützung von Familien der in den Dienst eingetretenen Mannschaften. Abgg. Rickert und Goldschmidt beantragen die Annahme des § 12 in der Fassung der Regierung. Abgg. v. Kleist-Retzow und Hahn beantragen, daß die Zahlung des Minimums der Entschädigung innerhalb eines Jahres nach Friedensschluß erfolgen soll. Staatssekretär v. Bötticher erklärt § 12 in der vom Hause beschlossenen Fassung für die Regierungen als unannehmbar. § 12 wird in der Fassung v. Kleist-Retzow und Hahn angenommen und damit das ganze Gesetz. — Montag Militär-Anleihe und Wehr-Vorlage.

Berlin. Das preußische Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Berg- und Hütten-Etats fort, wobei sich eine kurze Währungsdebatte entwickelte. Dr. Arndt rechnete vor, daß die deutsche Industrie durch den Rückgang der Silberpreise einen Verlust von 60 Millionen erlitten habe. Deutschland produzire nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Mexiko am meisten Silber; da sei es doch wohl an der Zeit, zu einer silberfreundlichen Politik überzugehen. Das würde auch einen günstigen Rückschlag auf den Etat zur Folge haben. Abg. Dr. Meyer (frs.) vertrat dagegen den Standpunkt der Goldwährung. Der Uebergang vom Zündnadel- zum Repetirgewehr habe viel größere Kosten veranlaßt, als die von Dr. Arndt genannte Summe. Uebrigens hätte Dr. Arndt seine Angriffe gegen die Regierung richten müssen, die an der Goldwährung festhalte; statt dessen habe er seine Rede in Abwesenheit des Finanzministers v. Scholz gehalten, wahrscheinlich um ihn zu schonen. Abg. von Minnigerode schloß sich den Ausführungen Arndt's für die Deutschkonservativen an. — Beim Etat der Bauverwaltung befürwortete Szmula (Centrum) die Kanalisirung der oberen Oder im Interesse der schlesischen Kohlenindustrie und stellte die Verdrängung der englischen Kohle durch die russische im Schwarzen Meere und einem Theile des Mittelmeeres in Aussicht. Die englische Kohle werde sich dann noch mehr in der Nord-Ostsee festsetzen. Dem müsse im Interesse der deutschen Kohlen-Industrie vorgebeugt werden. Minister Maybach sagte wenn möglich noch in dieser Session eine entsprechende Vorlage zu (Kosten 21 Millionen).

— Beim Abgeordnetenhause ist ein Antrag auf fünfjährige Legislaturperioden eingegangen. Der Antrag ist von 15 Mitgliedern beider konservativen Fraktionen und den Nationalliberalen unterschrieben.

Berlin. Die „Norddeutsche“ sagt zu der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages: Wenn hin und wieder aus der Bekanntgabe des durch 9 volle Jahre geheim gehaltenen Aktenstückes Schlußfolgerungen gezogen werden, welche einen nunmehrigen rapiden Entwickelungsgang der schwebenden Krise voraussehen, so ist das wohl lediglich ein subjectiver Beurtheilungsstandpunkt, dem gegenüber sich ein kühler und besonnener modus interpretandi umsomehr empfiehlt, je weniger a priori bestritten werden soll, daß das überraschende Vorgehen der Kabinete von Berlin und Wien in dem vorliegenden Falle nur den Bedürfnissen der gegebenen ungewöhnlichen Situation angemessen erscheint. — Die „Nat.-Ztg.“ erinnert anläßlich der Veröffentlichung des Vertrages an die Veröffentlichung der Bündnißverträge mit Deutschland bei der Luxemburger Frage. Damals wurde der Streit vertagt. — Mit Spannung wird der Erklärung des Fürsten Bismarck am Montag entgegengesehen. — Dem Newyorker „Herald“ zufolge soll Fürst Bismarck in einer kürzlichen Unterredung mit einem Diplomaten geäußert haben, daß, wenn er sage, der Krieg sei drohend, dann würden Rußland und Frankreich und zumeist Oesterreich vor Erregung außer sich. Das könne den Krieg überstürzen, von dem er hoffe, daß er erst im Jahre 1892 stattfinde. Rußland, Frankreich und Oesterreich seien noch nicht fertig. Betreffs Deutschlands sage er nicht, ob es fertig sei oder nicht.

Berliner Börse. Die Veröffentlichung des Bündniß-Vertrages zwischen Deutschland und Oesterreich wird verschieden beurtheilt. Die Course waren zwar Anfangs niedriger, aber die Haltung doch nicht eigentlich matt. Später konnten sich die Anfangs-Course vorwiegend gut behaupten. Spekulative Banken und russische Werthe wurden auf ermäßigtem Niveau lebhaft umgesetzt. Deutsche Bahnen waren matt, Bergwerke angeboten, fremde Renten meist vernachlässigt. Im Kassaverkehr waren deutsche Bahnen schwach und niedriger, österreichische matt, Banken schwach, Industrien stark angeboten, zum Theil sehr erheblich niedriger, deutsche Fonds schwach, österreichische Prioritäten matt. Privatdiskont 1½ Proz. Nachbörse matt.

Frankfurt a. M., 3. Febr. Credit 210¾. Staatsbahn 165⅞. Lombarden 63½. Galizier 153. Egypter 73,80. 4proc. Ungar. Goldrente 76,80. Diskonto 184,00. 80er Russen —. Gotthardb. —. Laura —. Matt.

Wien, 4. Februar. Credit 261,90. Staatsbahn 210,50. Lombarden 80,50. Nordwestb. 151,00. Marknoten 62,32. Ung. Credit 277,00. Matt.

Paris, 4. Februar. (Schluß.) Rente 81,25. Anleihe 105,37. Italiener 93,60. Staatsbahn 420,10. Lombarden —,—. do. Prioritäten —,—. Spanier —,—. Egypter —,—. Ottomanen —. Neue Anleihe —. Türken 13,35. Weichend.

Paris (Produkten). 4. Februar. (Schluß.) Weizen per Februar 23,40, per Mai-August 24,10, behauptet. Spiritus per Februar 47,00, per Mai-August 48,00, ruhig. Rüböl per Februar 54,25, per Mai-August 64,50, fest.

Lokales und Sächsisches.

— Dem Landtag ist gestern ein Gesetzentwurf über die Aufbringung der Kosten bei Zusammenlegung der Grundstücke zugegangen. Als Grund zur Einbringung dieses Gesetzes wird angegeben, daß in den letzten Jahren verhältnißmäßig nur wenige Anträge auf Grundstückszusammenlegungen gestellt wurden, obgleich die Regierung der Ueberzeugung ist, daß für noch eine große Anzahl von Ortschaften, insbesondere in dem nördlichen Theile der Lausitz, in gewissen Theilen des Voigtlands, sowie des Regierungsbezirks Dresden eine umfassende Zusammenlegung der Grundstücke ein wirkliches Bedürfniß ist. Neben der wenig befriedigenden Lage der Landwirthschaft im Allgemeinen wird als Ursache dieser Erscheinung angenommen, daß die Betheiligten, wenn sie einen bezüglichen Antrag zu stellen beabsichtigen, über die Höhe der entstehenden Kosten sich von vornherein ein annähernd zutreffendes Bild zu machen nicht im Stande sind. Der Gesetzentwurf bestimmt nun, daß die Betheiligten bei einer Grundstückszusammenlegung zu den Kosten der Spezialcommissare und Feldmesser nur nach feststehenden Pauschsätzen beitragen sollen, während ein etwaiger Fehlbetrag von der Staatskasse zu tragen ist. Danach sind die Betheiligten schon vor Stellung des Antrags in der Lage, zu übersehen, was ihnen die beabsichtigte Zusammenlegung im äußersten Falle kosten wird. In directem Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf steht eine Nachtragsforderung zum Staatshaushalt von 30,000 Mk. zur Deckung der von den Betheiligten nicht aufgebrachten Fehlbeträge bei Grundstückszusammenlegungen.

— Soeben ist der Bericht der Finanzdeputation A der 2. Kammer, betr. das Departement des Cultus und öffentlichen Unterrichts, erschienen, in einem Umfange von nicht weniger als 63 Druckseiten. Die Deputation empfiehlt u. A. der Kammer, dem Antrag der Königl. Staatsregierung gemäß zu der mit der Stadtgemeinde Schneeberg wegen Umwandlung der dasigen Realschule in ein Gymnasium und Uebernahme desselben auf den Staat getroffenen Vereinbarung Genehmigung zu ertheilen.

— Die von der Beschwerde- und Petitions-Deputation der 2. Kammer herausgegebenen Petitions-Verzeichnisse verlieren jetzt, in der zweiten Hälfte des Landtags, allmählich an Umfang, namentlich scheinen sich die Wünsche der Eisenbahn-Beamten so ziemlich erschöpft zu haben. Das vorliegende 9. Verzeichniß umfaßt die Nr. 310 bis 325. Hervorzuheben sind folgende Petitionen: Kaufmann Bamberg in Annaberg und Gen.: Umwandlung des dortigen Realgymnasiums in ein humanistisches Gymnasium; die Bewohner der am rechten Elbufer gelegenen Stadttheile Königsteins, Halbestadt und Ebenheit: Abtrennung dieser Ortstheile vom politischen Gemeindeverbande der Stadt Königstein behufs Bildung einer selbstständigen Landgemeinde; Kunsthändler A. Ernst in Dresden: Befreiung der Ausstellungen hiesiger Kunsthandlungen von Ortsabgaben; der Hausbesitzerverein zu Connewitz und von 16 weiteren Ortschaften; Ermäßigung der Grundsteuer; der Hausbesitzerverein zu Bautzen und 8 weiteren Ortschaften: Herabsetzung der Brandkassenbeiträge; Stadtgemeinde Schlettau und Gen.: Errichtung einer Apotheke daselbst; die Hilfsweichensteller, Uebergangswärter und Zurufer des Dresdner Bahnhofs: Lohnaufbesserung; die Gemeinde Ebersbrunn und Wendisch-Rottmannsdorf: Errichtung einer Haltestelle in Ebersbrunn.

— Bei der vorgestrigen Landtagsverhandlung über die Meißner Porzellanfabrik hatte der Referent Vicepräsident Georgi zwei Tassen auf dem Tische des Hauses zur Ansicht, bez. zur Vergleichung, ausgestellt, die eine aus der Königl. Porzellanfabrik, die andere aus der Privatfabrik von C. Teichert in Cölln bei Meißen. Das wohlbekannte Fabrikzeichen der Königl. Fabrik besteht aus zwei gekreuzten Schwertern; auf der Tasse der Concurrenzfabrik waren in derselben Größe als Fabrikzeichen die Initialen C. T. in der Weise ausgeführt, daß man nur bei sehr genauer Betrachtung zu der Muthmaßung kommen kann: es seien nicht zwei Schwerter,

14 Neustädter Mäntel-Ulbricht! 14 Heinrichstrasse 14.